

No. 29395

---

**AUSTRIA  
and  
FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY**

**Treaty on the mutual recognition and enforcement of judicial decisions, settlements and authentic acts in civil and commercial matters. Signed at Vienna on 6 June 1959**

*Authentic text: German.*

*Registered by Austria on 18 December 1992.*

---

**AUTRICHE  
et  
RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE**

**Traité relatif à la reconnaissance et à l'exécution réciproques des décisions et transactions judiciaires et des actes publics en matière civile et commerciale. Signé à Vienne le 6 juin 1959**

*Texte authentique : allemand.*

*Enregistré par l'Autriche le 18 décembre 1992.*

## [GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

VERTRAG ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DER  
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND ÜBER DIE GEGEN-  
SEITIGE ANERKENNUNG UND VOLLSTRECKUNG VON GE-  
RICHTLICHEN ENTSCHEIDUNGEN, VERGLEICHEN UND  
ÖFFENTLICHEN URKUNDEN IN ZIVIL- UND HANDELS-  
SACHEN

Der Bundespräsident der Republik Österreich und der Präsident der Bundesrepublik Deutschland sind in dem Wunsche, in Zivil- und Handelssachen die gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung von gerichtlichen Entscheidungen, Vergleichen und öffentlichen Urkunden zu sichern, übereingekommen, hierüber einen Vertrag zu schließen.

Zu diesem Zweck haben zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Der Bundespräsident der Republik Österreich  
Herrn *DDr. h. c. Dipl.-Ing. Leopold Figl*,  
Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten,

und

Herrn *Dr. Otto Tschadek*,  
Bundesminister für Justiz,

Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland

Herrn *Dr. Carl-Hermann Mueller-Graaf*,  
außerordentlicher und bevollmächtigter Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Österreich,

und

Herrn *Fritz Schäffer*,  
Bundesminister der Justiz,

die nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten folgendes vereinbart haben:

## ERSTER ABSCHNITT

## Anerkennung gerichtlicher Entscheidungen

## Artikel 1

(1) Die in Zivil- oder Handelssachen ergangenen Entscheidungen der Gerichte des einen Staates, durch die im streitigen Verfahren oder im Verfahren außer Streitsachen (in einem Verfahren der streitigen oder der freiwilligen Gerichtsbarkeit) über Ansprüche der Parteien er-

kannt wird, werden im anderen Staat anerkannt, auch wenn sie noch nicht rechtskräftig sind. Als Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen sind auch Urteile anzusehen, die in einem gerichtlichen Strafverfahren über Ansprüche aus einem Rechtsverhältnis des Zivil- oder Handelsrechtes ergangen sind.

(2) Für die Anerkennung ist es ohne Bedeutung, ob die Entscheidung als Urteil, Beschluß, Zahlungsbefehl, Zahlungsauftrag, Vollstreckungsbefehl oder sonstwie benannt ist.

## Artikel 2

Die Anerkennung darf nur versagt werden,

1. wenn sie der öffentlichen Ordnung des Staates, in dem die Entscheidung geltend gemacht wird, widerspricht; oder

2. wenn die unterlegene Partei sich auf das Verfahren nicht eingelassen hat,

a) sofern ihr die Ladung oder die Verfügung, durch die das Verfahren eingeleitet worden war, nicht nach dem Rechte des Staates, in dem die Entscheidung ergangen ist, zugestellt worden war, oder

b) sofern sie nachweist, daß sie von der Ladung oder der Verfügung nicht so zeitgerecht Kenntnis nehmen konnte, um sich auf das Verfahren einlassen zu können; oder

3. wenn nach dem Rechte des Staates, in dem die Entscheidung geltend gemacht wird, die Gerichte dieses oder eines dritten Staates kraft Gesetzes ausschließlich zuständig waren; oder

4. wenn für die Entscheidung lediglich der Gerichtsstand des Vermögens gegeben war und die unterlegene Partei

a) entweder sich auf den Rechtsstreit nicht eingelassen oder

b) vor Einlassung zur Hauptsache erklärt hat, sich auf den Rechtsstreit nur im Hinblick auf das Vermögen einzulassen, das sich im Staate des angerufenen Gerichtes befindet; oder

5. wenn für die Entscheidung lediglich der Gerichtsstand des Erfüllungsortes nach § 88 Absatz 2 der österreichischen Jurisdiktionsnorm — Faktorengerichtsstand — gegeben war und die unterlegene Partei sich auf den Rechtsstreit nicht eingelassen hat.

#### Artikel 3

(1) Die Anerkennung darf nicht allein deshalb versagt werden, weil das Gericht, das die Entscheidung erlassen hat, nach den Regeln seines internationalen Privatrechts andere Gesetze angewendet hat, als sie nach dem internationalen Privatrecht des Staates, in dem die Entscheidung geltend gemacht wird, anzuwenden gewesen wären.

(2) Die Anerkennung darf jedoch aus dem im Absatz 1 genannten Grunde versagt werden, wenn die Entscheidung auf der Beurteilung eines familienrechtlichen oder eines erbrechtlichen Verhältnisses, der Rechts- oder Handlungsfähigkeit, der gesetzlichen Vertretung oder der Todeserklärung eines Angehörigen des Staates beruht, in dem die Entscheidung geltend gemacht wird, es sei denn, daß sie auch bei Anwendung des internationalen Privatrechts des Staates, in dem sie geltend gemacht wird, gerechtfertigt wäre.

#### Artikel 4

Die in einem Staat ergangene Entscheidung, die in dem anderen Staate geltend gemacht wird, darf nur daraufhin geprüft werden, ob einer der im Artikel 2 oder im Artikel 3 Absatz 2 genannten Versagungsgründe vorliegt. Darüber hinaus darf die Entscheidung nicht nachgeprüft werden.

### ZWEITER ABSCHNITT

#### Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen

##### I. Allgemeines

#### Artikel 5

(1) Rechtskräftige gerichtliche Entscheidungen, die in einem Staate vollstreckbar und in dem anderen Staat anzuerkennen sind, werden in diesem Staate nach Maßgabe der Artikel 6 und 7 vollstreckt.

(2) Entscheidungen österreichischer Gerichte, auf Grund deren in der Republik Österreich Exekution zur Sicherstellung bewilligt werden könnte, und vorläufig vollstreckbare Entscheidungen von Gerichten in der Bundesrepublik Deutschland, die auf eine Geldleistung lauten, werden, sofern sie in dem anderen Staat anzuerkennen sind, in diesem Staate nach Maßgabe der Artikel 6, 8 bis 10 vollstreckt.

#### Artikel 6

Die Bewilligung der Exekution (Die Vollstreckbarerklärung) und die Durchführung der Zwangsvollstreckung richten sich, soweit im folgenden nichts anderes bestimmt wird, nach dem Rechte des Staates, in dem vollstreckt werden soll.

#### II. Vollstreckung rechtskräftiger Entscheidungen

#### Artikel 7

(1) Der betreibende Gläubiger hat dem Antrag auf Bewilligung der Exekution (Vollstreckbarerklärung) beizufügen

1. eine mit amtlichem Siegel oder Stempel versehene Ausfertigung der Entscheidung, die auch die Gründe enthalten muß, es sei denn, daß solche nach dem Rechte des Staates, in dem die Entscheidung ergangen ist, nicht erforderlich waren;

2. den Nachweis, daß die Entscheidung rechtskräftig und vollstreckbar ist; dieser Nachweis ist zu erbringen

a) bei Entscheidungen von Gerichten in der Bundesrepublik Deutschland durch das Zeugnis über die Rechtskraft und durch die Vollstreckungsklausel,

b) bei Entscheidungen österreichischer Gerichte durch die Bestätigung der Rechtskraft und Vollstreckbarkeit.

(2) Hat die unterlegene Partei sich auf das Verfahren nicht eingelassen, so hat der betreibende Gläubiger außerdem nachzuweisen, daß die das Verfahren einleitende Ladung oder Verfügung der unterlegenen Partei ordnungsgemäß zugestellt worden ist; dieser Nachweis ist durch eine beglaubigte Abschrift der Zustellungsurkunde oder durch eine gerichtliche Bestätigung über den Zustellungsvorgang zu erbringen.

#### III. Vollstreckung noch nicht rechtskräftiger Entscheidungen

#### Artikel 8

(1) Soll die Entscheidung eines österreichischen Gerichtes, auf Grund deren in der Republik Österreich Exekution zur Sicherstellung bewilligt werden könnte, in der Bundesrepublik Deutschland vollstreckt werden, so hat das Gericht, das die Entscheidung erlassen hat, auf Antrag des betreibenden Gläubigers unter sinngemäßer Anwendung der österreichischen Exekutionsordnung darüber zu beschließen, ob und für welchen Zeit-

raum die Exekution zur Sicherstellung zulässig ist; eine bestimmte Exekutionshandlung hat es jedoch nicht zu bewilligen. Ist die Zulässigkeit der Exekution von der Leistung einer Sicherheit abhängig, so ist diese beim österreichischen Gericht zu erlegen.

(2) Der Antrag des betreibenden Gläubigers, die Entscheidung des österreichischen Gerichtes für vollstreckbar zu erklären, kann von dem Gericht in der Bundesrepublik Deutschland nicht deshalb abgelehnt werden, weil der im Absatz 1 genannte Beschluß, mit dem die Exekution zur Sicherstellung für zulässig erklärt wurde, noch nicht rechtskräftig ist.

#### Artikel 9

(1) Der betreibende Gläubiger hat dem Antrag auf Bewilligung der Exekution zur Sicherstellung (Vollstreckbarerklärung) beizufügen

1. eine Ausfertigung der Entscheidung, die den Erfordernissen des Artikels 7 Absatz 1 Z. 1 entspricht;

2. den Nachweis, daß die Entscheidung der unterlegenen Partei ordnungsgemäß zugestellt worden ist; dieser Nachweis ist durch eine beglaubigte Abschrift der Zustellungsurkunde oder durch eine gerichtliche Bestätigung über den Zustellungsvorgang zu erbringen;

3. den Nachweis, daß die Entscheidung vollstreckbar ist; dieser Nachweis ist zu erbringen

a) bei Entscheidungen österreichischer Gerichte durch eine mit dem amtlichen Siegel versehene Ausfertigung des im Artikel 9 Absatz 1 genannten Beschlusses über die Zulässigkeit der Exekution zur Sicherstellung und, falls eine Sicherheit zu leisten war, durch eine gerichtliche Bestätigung über deren Erlag,

b) bei Entscheidungen von Gerichten in der Bundesrepublik Deutschland durch die Vollstreckungsklausel und, falls die Vollstreckung von einer Sicherheitsleistung abhängig ist, durch eine öffentliche oder öffentlich beglaubigte Urkunde, aus der sich ergibt, daß die Sicherheit geleistet wurde.

(2) Hat die unterlegene Partei sich auf das Verfahren nicht eingelassen, so hat der betreibende Gläubiger außerdem den im Artikel 7 Absatz 2 geforderten Nachweis zu erbringen.

#### Artikel 10

(1) In der Republik Österreich ist auf Grund der im Artikel 5 Absatz 2 genannten Entscheidungen von Gerichten in der Bundesrepublik

Deutschland nur die Exekution zur Sicherstellung zulässig. Einer Glaubhaftmachung der Gefährdung bedarf es jedoch nicht, wenn der betreibende Gläubiger die in der Entscheidung geforderte Sicherheit geleistet hat (Artikel 9 Absatz 1 Z. 3 Buchst. b).

(2) In der Bundesrepublik Deutschland sind in Vollziehung der Vollstreckbarerklärung der im Artikel 5 Absatz 2 genannten Entscheidungen österreichischer Gerichte nur solche Maßnahmen zulässig, die der Sicherung des betreibenden Gläubigers dienen.

### DRITTER ABSCHNITT

#### Gerichtliche Vergleiche, Schiedssprüche und öffentliche Urkunden

##### Artikel 11

(1) Gerichtliche Vergleiche werden den rechtskräftigen gerichtlichen Entscheidungen gleichgestellt.

(2) Der betreibende Gläubiger hat dem Antrag auf Bewilligung der Exekution (Vollstreckbarerklärung) eine mit der Vollstreckungsklausel (Bestätigung der Vollstreckbarkeit) und dem amtlichen Siegel oder Stempel versehene Ausfertigung des Vergleiches beizufügen.

##### Artikel 12

(1) Die Anerkennung und die Vollstreckung von Schiedssprüchen bestimmen sich nach dem Übereinkommen, das zwischen beiden Staaten jeweils in Kraft ist.

(2) Vor einem Schiedsgericht abgeschlossene Vergleiche werden den Schiedssprüchen gleichgestellt.

##### Artikel 13

(1) Öffentliche Urkunden, die in einem Staat errichtet und dort vollstreckbar sind, werden in dem anderen Staate wie rechtskräftige gerichtliche Entscheidungen vollstreckt. Zu diesen Urkunden gehören insbesondere gerichtliche oder notarielle Urkunden und die in Unterhaltssachen von einer Verwaltungsbehörde — Jugendamt — aufgenommenen Verpflichtungserklärungen und Vergleiche.

(2) Der betreibende Gläubiger hat dem Antrag auf Bewilligung der Exekution (Vollstreckbarerklärung) eine mit amtlichem Siegel oder Stempel versehene Ausfertigung der öffentlichen Urkunde beizufügen.

## VIERTER ABSCHNITT

### Besondere Bestimmungen

#### Artikel 14

(1) Dieser Vertrag ist nicht anzuwenden

1. auf Entscheidungen in Ehesachen und in anderen Familienstandssachen;
2. auf Entscheidungen in Konkursverfahren und in Ausgleichsverfahren (Vergleichsverfahren);
3. auf einstweilige Verfügungen oder einstweilige Anordnungen und auf Arreste.

(2) Dieser Vertrag ist jedoch anzuwenden auf solche einstweilige Verfügungen oder einstweilige Anordnungen, die auf Leistung des Unterhaltes oder auf eine andere Geldleistung lauten. Diese Titel werden wie rechtskräftige gerichtliche Entscheidungen vollstreckt.

#### Artikel 15

Die österreichischen Börsenschiedsgerichte sind Gerichte im Sinne dieses Vertrages in den Streitigkeiten, in denen sie ohne Rücksicht auf einen Schiedsvertrag zur Entscheidung zuständig sind. Soweit ihre Zuständigkeit auf einem Schiedsvertrag beruht, sind sie als Schiedsgerichte anzusehen.

#### Artikel 16

Der betreibende Gläubiger, dem von dem Gericht des Staates, in dem die Entscheidung ergangen ist, das Armenrecht bewilligt worden ist, genießt ohne weiteres das Armenrecht auch für die Vollstreckung im anderen Staate.

#### Artikel 17

Ist eine Sache vor dem Gericht eines Staates streitabhängig (rechtshängig) und wird die Entscheidung in dieser Sache in dem anderen Staat anzuerkennen sein, so hat ein Gericht dieses Staates in einem Verfahren, das bei ihm wegen desselben Gegenstandes und zwischen denselben Parteien später anhängig wird, die Entscheidung abzulehnen.

#### Artikel 18

Dieser Vertrag berührt nicht die Bestimmungen anderer Verträge, die zwischen beiden Staaten gelten oder gelten werden und die für besondere Rechtsgebiete die Anerkennung und

Vollstreckung von gerichtlichen Entscheidungen, Schiedssprüchen oder öffentlichen Urkunden regeln.

#### Artikel 19

(1) Dieser Vertrag ist nur auf Exekutionstitel (Schuldtitle) anzuwenden, die nach dem 31. Dezember 1959 entstanden sind.

(2) Auf Exekutionstitel (Schuldtitle), die eine Verpflichtung zur Leistung eines gesetzlichen Unterhaltes zum Gegenstand haben, ist dieser Vertrag für die nach dem 31. Dezember 1959 fällig werdenden Leistungen auch dann anzuwenden, wenn der Exekutionstitel (Schuldtitle) in der Zeit vom 1. Mai 1945 bis zum 31. Dezember 1959 entstanden ist.

#### Artikel 20

Soweit in anderen Verträgen hinsichtlich der Vollstreckung von Exekutionstiteln (Schuldtitlen) auf den Vertrag über Rechtsschutz und Rechtshilfe vom 21. Juni 1923 verwiesen wird, treten die entsprechenden Bestimmungen dieses Vertrages an dessen Stelle.

## FÜNFTER ABSCHNITT

### Schlußbestimmungen

#### Artikel 21

Dieser Vertrag gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Bundesregierung der Republik Österreich innerhalb von drei Monaten nach dem Tage des Inkrafttretens des Vertrages eine gegenteilige Erklärung abgibt.

#### Artikel 22

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifizierung. Die Ratifikationsurkunden sollen so bald wie möglich in Bonn ausgetauscht werden.

(2) Der Vertrag tritt dreißig Tage nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

#### Artikel 23

Jeder der beiden Staaten kann den Vertrag kündigen. Die Kündigung wird ein Jahr nach dem Zeitpunkt wirksam, an dem sie dem anderen Staate notifiziert wurde.

Zu Urkund dessen haben die beiderseitigen  
Bevollmächtigten diesen Vertrag unterschrieben  
und mit Siegeln versehen.

Geschehen zu Wien, am 6. Juni 1959, in zwei  
Urschriften.

Für die Republik Österreich:

LEOPOLD FIGL

OTTO TSCHADEK

Für die Bundesrepublik Deutschland:

C. HERMANN MUELLER-GRAAF

FRITZ SCHÄFFER

---

## [TRANSLATION — TRADUCTION]

**TREATY<sup>1</sup> BETWEEN THE REPUBLIC OF AUSTRIA AND THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY ON THE MUTUAL RECOGNITION AND ENFORCEMENT OF JUDICIAL DECISIONS, SETTLEMENTS AND AUTHENTIC ACTS IN CIVIL AND COMMERCIAL MATTERS**

The Federal President of the Republic of Austria and the President of the Federal Republic of Germany, desiring to ensure, in civil and commercial matters, the mutual recognition and enforcement of judicial decisions, settlements and authentic acts, have decided to conclude a Treaty to that end.

For that purpose they have appointed as their plenipotentiaries:

The Federal President of the Republic of Austria:

Dr. Leopold Figl, Federal Minister for Foreign Affairs, and

Dr. Otto Tschadek, Federal Minister of Justice,

The President of the Federal Republic of Germany:

Dr. Carl-Hermann Mueller-Graaf, Ambassador Extraordinary and Plenipotentiary of the Federal Republic of Germany in Austria, and

Mr. Fritz Schäffer, Federal Minister of Justice,

who, having exchanged their full powers, found in good and due form, have agreed as follows:

## SECTION 1

## RECOGNITION OF JUDICIAL DECISIONS

*Article 1*

(1) Decisions rendered in civil or commercial matters by the courts of either State whereby, in contentious or non-contentious proceedings, the rights of the parties are established shall be recognized in the other State even if they have not yet become final. Decisions rendered in civil and commercial matters shall be understood to include judgements given in criminal proceedings in respect of claims arising out of a legal relationship under civil or commercial law.

(2) For such recognition it shall be of no importance whether the decision is designated a judgement, a court order, a payment order, an order to pay or a writ of execution, or given any other name.

*Article 2*

Recognition may be refused only:

1. If it is contrary to the public policy of the State in which recognition of the decision is sought; or

<sup>1</sup> Came into force on 29 May 1960, i.e., 30 days after the exchange of the instruments of ratification, which took place at Bonn on 29 April 1960, in accordance with article 22 (2).

2. If the losing party did not appear in the proceedings and

(a) The summons or the order instituting the proceedings had not been served on him in accordance with the law of the State in which the decision was rendered, or

(b) He proves that he was not in a position to acquire knowledge of the summons or the order in sufficient time to be able to submit a defence; or

3. If, under the law of the State in which recognition of the decision is sought, the courts of this State or of a third State had exclusive jurisdiction by operation of law; or

4. If only the place of jurisdiction for the property was established for the decision and the losing party

(a) Either did not appear in the proceedings or

(b) Declared, before submitting a defence on the merits of the case, that he was appearing in the proceedings solely with reference to property situated in the State of the court appealed to; or

5. If only the venue of the place of performance in accordance with article 88, paragraph 2, of the Austrian Rules for Establishing Jurisdiction (*Jurisdiktionsnorm*) — the place of jurisdiction for invoices (*Fakturergerichtsstand*) — was established for the decision, and the losing party did not appear in the proceedings.

#### Article 3

(1) Recognition shall not be refused solely on the ground that the court that rendered the decision, observing its own rules of private international law, applied laws other than those that would have been applicable under the rules of private international law of the State in which recognition of the decision is sought.

(2) Nevertheless, recognition may be refused on the ground specified in paragraph (1) if the decision is based on the determination of a legal relationship under family law or the law of succession, or of the legal or contractual capacity or legal representation of a national of the State in which recognition of the decision is sought, or the declaration of the death of such a national, unless the decision would also have been justified under the rules of private international law of the said State.

#### Article 4

A decision rendered in either State whose recognition is sought in the other State may be examined only for the grounds for refusal specified in article 2 or in article 3, paragraph (2). The decision may not be examined with respect to any other points.

### SECTION II

#### ENFORCEMENT OF JUDICIAL DECISIONS

##### I. GENERAL

#### Article 5

(1) Final judicial decisions that are enforceable in either State and qualify for recognition in the other State shall be enforced in the latter State in accordance with articles 6 and 7.

(2) Decisions of Austrian courts on the basis of which provisional execution (*Exekution zur Sicherstellung*) could be ordered in the Republic of Austria, and provisionally enforceable decisions of courts in the Federal Republic of Germany that call for a money payment shall, provided that they qualify for recognition in the other State, be enforced in the latter State in accordance with articles 6, 8, 9 and 10.

#### Article 6

The grant of execution (exequatur) and the execution proceeding shall be governed, except as otherwise provided below, by the law of the State in which the decision is to be enforced.

### II. ENFORCEMENT OF FINAL DECISIONS

#### Article 7

(1) The judgement creditor shall submit with the application for the grant of execution (exequatur):

1. A copy of the decision, bearing an official seal or stamp, which must also contain a statement of the grounds on which it is based, unless such a statement was not required under the law of the State in which the decision was rendered;

2. Proof that the decision is final and enforceable; the means of proof shall be:

(a) In the case of decisions of courts in the Federal Republic of Germany, the certificate that the decision is final (*Zeugnis über die Rechtskraft*) and the writ of execution (*Vollstreckungsklausel*);

(b) In the case of decisions of Austrian courts, certification that the decision is final and enforceable.

(2) If the losing party did not appear in the proceedings, the judgement debtor must also prove that the summons or the order instituting the proceedings was duly served on the losing party; such proof must be ensured by means of a certified copy of the certificate of service or by means of certification by a court of the service procedure.

### III. ENFORCEMENT OF DECISIONS THAT HAVE NOT YET BECOME FINAL

#### Article 8

(1) Where the decision of an Austrian court on the basis of which provisional execution (*Exekution zur Sicherstellung*) could be granted in the Republic of Austria is to be enforced in the Federal Republic of Germany, the court that rendered the decision shall, upon application by the judgement creditor, subject to corresponding application of the Austrian Enforcement Regulations (*Exekutionsordnung*), decide whether, and for what period of time, provisional execution is admissible; it shall not, however, approve a particular execution measure. Where the admissibility of execution is dependent on the provision of security, this is to be deposited with the Austrian court.

(2) The application of the judgement creditor for the decision of the Austrian court to be declared enforceable may not be refused by the court in the Federal Republic of Germany on the grounds that the decision mentioned in paragraph 1 by which provisional execution was declared admissible has not yet become final.

### Article 9

(1) The judgement creditor shall submit with the application for the grant of provisional execution (exequatur):

1. A copy of the decision satisfying the requirements in article 7, paragraph (1), subparagraph 1;

2. Proof that the losing party was duly notified of the decision; such proof must be ensured by means of a certified copy of the certificate of service or by means of certification by a court of the service procedure;

3. Proof that the decision is enforceable; such proof must be ensured:

(a) In the case of decisions of Austrian courts, by means of a copy, bearing the official seal, of the decision referred to in article 8, paragraph (1), concerning the admissibility of provisional execution and, where security had to be provided, by means of certification by a court of its deposit;

(b) In the case of decisions of courts in the Federal Republic of Germany, by means of the writ of execution (*Vollstreckungsklausel*) and, where execution is dependent on the provision of security, by means of an authentic act or officially authenticated document from which it is clear that security was provided.

(2) If the losing party did not appear in the proceedings, the judgement creditor must also furnish the proof required under article 7, paragraph (2).

### Article 10

(1) In the Republic of Austria, only provisional execution (*Exekution zur Sicherstellung*) is permissible on the basis of the decisions of courts in the Federal Republic of Germany referred to in article 5, paragraph (2). However, prima facie evidence of endangerment is not necessary if the subject creditor has provided the security required in the decision (article 9, paragraph (1), subparagraph 3 (b)).

(2) In the Federal Republic of Germany, in the carrying out of the exequatur (*Vollstreckbarerklärung*) in respect of the decisions of Austrian courts referred to in article 5, paragraph (2), only such measures are admissible as serve to protect the judgement creditor.

## SECTION III

### JUDICIAL SETTLEMENTS, ARBITRAL AWARDS AND AUTHENTIC ACTS

#### Article 11

(1) Judicial settlements shall be assimilated to final judicial decisions.

(2) The judgement creditor shall submit, with the application for the grant of execution (exequatur), a copy of the settlement complete with confirmation of enforceability (writ of execution) and bearing the official seal or stamp.

#### Article 12

(1) The recognition and enforcement of arbitral awards shall be governed by the agreement that is in force on the subject between the two States.

(2) Compromises reached before courts of arbitration shall be assimilated to arbitral awards.

*Article 13*

(1) Authentic acts that are drawn up in one State and are enforceable there shall be enforced in the other State in the same manner as final judicial decisions. Such acts shall include, in particular, judicial or notarial acts and undertakings and settlements drawn up by an administrative authority (Youth Office) in matters relating to maintenance.

(2) The judgement creditor shall submit, with the application for the grant of execution (exequatur), a copy of the authentic act bearing an official seal or stamp.

SECTION IV

SPECIAL PROVISIONS

*Article 14*

(1) This Treaty shall not apply to:

1. Decisions rendered in matrimonial proceedings and in other family status matters;
2. Decisions rendered in bankruptcy and composition proceedings;
3. Interim measures, interim orders or attachments.

(2) This Treaty shall nevertheless apply to such interim measures or interim orders as call for the payment of maintenance or another money payment. Such executory titles shall be enforced in the same manner as final judicial decisions.

*Article 15*

The arbitration tribunals of the Austrian Stock Exchange shall be regarded as courts for the purpose of this Treaty in disputes in which they are competent to take a decision irrespective of any arbitration agreement. Where their competence is based on an arbitration agreement, they are to be regarded as courts of arbitration.

*Article 16*

A judgement creditor who has been granted a legal aid certificate by the court of the State in which the decision was rendered shall be eligible *ipso jure* for legal aid in respect of enforcement in the other State.

*Article 17*

Where a case is pending before a court of one of the two States and the decision in the said case will require recognition in the other State, a court of the latter State shall decline to rule in any proceedings subsequently instituted before it in the same matter and between the same parties.

*Article 18*

This Treaty shall not affect the provisions of other agreements which are or may hereafter be in force between the two States and which, in particular spheres of law, govern the recognition and enforcement of judicial decisions, arbitral awards or authentic acts.

*Article 19*

(1) This Treaty shall apply only to executory instruments established after 31 December 1959.

(2) This Treaty shall apply to executory instruments whose subject is an obligation to pay legally required maintenance in respect of payments becoming due after 31 December 1959 also if the executory instrument was established in the period from 1 May 1945 to 31 December 1959.

*Article 20*

Where reference is made in other agreements concerning the enforcement of executory instruments to the Treaty regarding Legal Protection and Assistance of 21 June 1923,<sup>1</sup> the corresponding provisions of this Treaty shall be understood as replacing it.

SECTION V

FINAL PROVISIONS

*Article 21*

This Treaty shall also apply to the *Land Berlin* unless a declaration to the contrary is made by the Government of the Federal Republic of Germany to the Federal Government of the Republic of Austria within three months after the entry into force of the Treaty.

*Article 22*

(1) This Treaty shall be subject to ratification. The instruments of ratification shall be exchanged at Bonn as soon as possible.

(2) This Treaty shall enter into force 30 days after the exchange of the instruments of ratification.

*Article 23*

Either of the Contracting States may denounce the Treaty. The denunciation shall take effect one year after the date on which notice is given to the other State.

IN WITNESS WHEREOF the plenipotentiaries of the two sides have signed this Treaty and affixed thereto their seals.

DONE at Vienna, on 6 June 1959, in duplicate.

For the Republic  
of Austria:

LEOPOLD FIGL  
OTTO TSCHADEK

For the Federal Republic  
of Germany:

C. HERMANN MUELLER-GRAAF  
FRITZ SCHÄFFER

---

<sup>1</sup> League of Nations, *Treaty Series*, vol. XXVII, p. 57.

## [TRADUCTION — TRANSLATION]

TRAITÉ<sup>1</sup> ENTRE LA RÉPUBLIQUE D'AUTRICHE ET LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE RELATIF À LA RECONNAISSANCE ET À L'EXÉCUTION RÉCIPROQUES DES DÉCISIONS ET TRANSACTIONS JUDICIAIRES ET DES ACTES PUBLICS EN MATIÈRE CIVILE ET COMMERCIALE

Le Président fédéral de la République d'Autriche et le Président de la République fédérale d'Allemagne, animés du désir de régler en matière civile et commerciale la reconnaissance et l'exécution réciproques des décisions et transactions judiciaires et des actes publics, sont convenus de conclure un traité sur cette question.

A cet effet, ils ont désigné en qualité de plénipotentiaires :

Le Président fédéral de la République d'Autriche :

M. le DDr. h. c. Dipl.-ing. Leopold Figl, Ministre fédéral des affaires extérieures, et  
M. le D<sup>r</sup> Otto Tschadek, Ministre fédéral de la Justice;

Le président de la République fédérale d'Allemagne :

M. le D<sup>r</sup> Carl-Hermann Mueller-Graaf, Ambassadeur extraordinaire et plénipotentiaire de la République fédérale d'Allemagne en Autriche, et  
M. Fritz Schäffer, Ministre fédéral de la Justice;

lesquels, après avoir procédé à l'échange de leurs pleins pouvoirs, qui ont été trouvés en bonne et due forme, sont convenus de ce qui suit :

## TITRE PREMIER

## RECONNAISSANCE DES DÉCISIONS JUDICIAIRES

*Article premier*

1. Les décisions rendues en matière civile ou commerciale par les tribunaux de l'un des Etats, dans une affaire contentieuse ou gracieuse (dans une affaire relevant d'une juridiction statuant en matière contentieuse ou gracieuse) par lesquelles sont reconnues des revendications des parties, seront reconnues dans l'autre Etat, même si elles n'ont pas encore force de chose jugée. Doivent également être considérés comme décisions rendues en matière civile ou commerciale, les jugements rendus au cours d'une procédure pénale et portant sur des revendications en rapport avec le droit civil ou commercial.

2. Aux fins de la reconnaissance, il n'importe pas que la décision soit intitulée jugement, résolution, injonction de payer, ordre de payer, commandement d'exécution ou autrement.

<sup>1</sup> Entré en vigueur le 29 mai 1960, soit 30 jours après l'échange des instruments de ratification, qui a eu lieu à Bonn le 29 avril 1960, conformément au paragraphe 2 de l'article 22.

### Article 2

La reconnaissance ne peut être refusée que :

1. Si elle est contraire à l'ordre public de l'Etat dans lequel la décision est rendue exécutoire; ou
2. Si la partie contre laquelle la décision est prise n'a pas pris part à la procédure,
  - a) Dans la mesure où la citation ou l'ordonnance introductive de la procédure ne lui a pas été notifiée conformément au droit de l'Etat dans lequel la décision a été rendue; ou
  - b) Dans la mesure où elle apporte la preuve qu'elle n'a pu prendre connaissance en temps utile de la citation ou de l'ordonnance pour pouvoir prendre part à la procédure;
- ou
3. Si, d'après le droit de l'Etat dans lequel la décision est invoquée, les tribunaux de cet Etat ou d'un Etat tiers étaient, en vertu des dispositions légales en vigueur, exclusivement compétents; ou
4. Si la seule juridiction compétente pour rendre cette décision était celle du lieu où se trouvait le bien et si la partie contre laquelle la décision a été prise
  - a) Soit n'a pas pris part au procès, soit
  - b) Avant de prendre part au débat principal, a déclaré qu'elle ne prenait part au procès qu'en ce qui concerne le bien qui se trouve dans l'Etat du tribunal saisi de l'affaire; ou
5. Si la seule juridiction compétente pour rendre cette décision était celle du lieu d'exécution conformément aux dispositions du paragraphe 2 de l'article 88 de la norme juridictionnelle autrichienne — Juridiction en matière de factures —, et si la partie contre laquelle la décision a été prise n'a pas pris part au procès.

### Article 3

1. La reconnaissance ne peut être refusée pour la seule raison que le tribunal ayant rendu la décision a, selon les règles de son propre droit international privé, appliqué d'autres lois que celles qui auraient été applicables d'après le droit international privé de l'Etat dans lequel la décision est invoquée.
2. La reconnaissance pourra néanmoins être refusée pour les motifs mentionnés au paragraphe 1 si la décision se fonde sur l'appréciation d'une situation familiale ou de droit des successions, de la capacité juridique ou de la capacité d'ester en justice, de la représentation légale ou de la déclaration de décès d'un ressortissant de l'Etat dans lequel la décision est invoquée, mais ces dispositions ne sont pas applicables dans le cas où la reconnaissance aurait également été justifiée en cas d'application du droit international privé de l'Etat dans lequel la décision est invoquée.

### Article 4

La décision rendue dans un Etat et invoquée dans l'autre Etat ne doit faire l'objet d'une vérification que s'il existe un des motifs de refus mentionnés à l'article 2 ou au paragraphe 2 de l'article 3. La décision ne sera soumise à aucune autre vérification.

## TITRE II

## EXÉCUTION DES DÉCISIONS JUDICIAIRES

## I. DISPOSITIONS GÉNÉRALES

*Article 5*

1. Les décisions judiciaires ayant force de chose jugée qui sont exécutoires dans un Etat et doivent être reconnues dans l'autre Etat, seront exécutées dans ce dernier Etat conformément aux dispositions des articles 6 et 7.

2. Les décisions des tribunaux autrichiens sur la base desquelles une exécution à titre conservatoire pourrait être autorisée dans la République d'Autriche, et les décisions de tribunaux, exécutoires à titre provisoire dans la République fédérale d'Allemagne, dans la mesure où elles doivent être reconnues dans l'autre Etat, conformément aux dispositions des articles 6 et 8 à 10.

*Article 6*

L'autorisation de l'exécution (déclaration du caractère exécutoire) et l'application de l'exécution forcée, sont régies, sauf indication à effet contraire figurant dans les dispositions ci-après, conformément au droit de l'Etat dans lequel l'exécution doit avoir lieu.

## II. EXÉCUTION DES DÉCISIONS AYANT FORCE DE CHOSE JUGÉE

*Article 7*

1. Le créancier poursuivant le recouvrement de sa créance doit joindre à sa demande d'autorisation de l'exécution (déclaration du caractère exécutoire) les documents suivants :

1) Une expédition de la décision munie du sceau ou du cachet officiel, qui doit également mentionner les motifs, même si ces conditions n'étaient pas nécessaires selon le droit de l'Etat dans lequel la décision a été rendue;

2) La preuve que la décision a force de chose jugée et est exécutoire; cette preuve doit être apportée par les moyens suivants :

a) S'agissant de décisions rendues par des tribunaux de la République fédérale d'Allemagne, par le certificat relatif à l'autorité de la chose jugée et par la clause d'exécution;

b) S'agissant de décisions rendues par des tribunaux autrichiens, par l'attestation d'autorité de la chose jugée et du caractère exécutoire.

2. Si la partie contre laquelle la décision a été rendue n'a pas participé à la procédure, le créancier poursuivant le recouvrement de sa créance doit prouver en outre que la citation ou l'ordonnance introductive d'instance a été notifiée dans les formes requises à la partie contre laquelle la décision a été rendue; cette preuve doit être fournie par une copie certifiée conforme de l'acte de notification ou par une attestation judiciaire relative au processus de notification.

## III. EXÉCUTION DES DÉCISIONS N'AYANT PAS ENCORE FORCE DE CHOSE JUGÉE

*Article 8*

1. Si la décision d'un tribunal autrichien sur la base de laquelle l'exécution à titre conservatoire pourrait être accordée en République d'Autriche, doit être exécutée en République fédérale d'Allemagne, le tribunal ayant rendu la décision doit, sur demande du créancier poursuivant le recouvrement de sa créance, en application *mutatis mutandis* de l'ordonnance d'exécution autrichienne, prendre une résolution sur la question de savoir si et pour quelle période l'exécution à titre conservatoire est admissible; mais ne doit toutefois pas autoriser une action d'exécution définitive. Si l'admissibilité de l'exécution dépend du versement d'une caution, cette dernière doit être versée auprès du tribunal autrichien.

2. La demande du créancier poursuivant le recouvrement de sa créance, visant à faire déclarer exécutoire la décision du tribunal autrichien, ne peut être rejetée par le tribunal situé en République fédérale d'Allemagne au motif que la résolution mentionnée au paragraphe 1, par laquelle l'exécution à titre conservatoire serait déclarée admissible, n'a pas encore force de chose jugée.

*Article 9*

1. Le créancier poursuivant le recouvrement de sa créance doit joindre à sa demande d'autorisation de l'exécution à titre conservatoire (déclaration du caractère exécutoire) les documents suivants :

1) Une expédition de la décision remplissant les conditions prévues à l'alinéa 1 du paragraphe 1 de l'article 7;

2) La preuve que la décision a été notifiée dans les formes requises à la partie contre laquelle cette décision a été rendue; cette preuve doit être fournie par une copie certifiée conforme de l'acte de notification ou par une attestation judiciaire relative au processus de notification.

3) La preuve que la décision est exécutoire; cette preuve doit être supportée par les moyens suivants :

a) S'agissant de décisions rendues par des tribunaux autrichiens, par une expédition, munie du sceau officiel, de la résolution mentionnée au paragraphe 1 de l'article 8 sur l'admissibilité de l'exécution à titre conservatoire et, si une caution doit être déposée, par une attestation judiciaire relative au dépôt de cette caution.

b) S'agissant de décisions rendues par des tribunaux de la République fédérale d'Allemagne, par la clause d'exécution et, dans le cas où l'exécution dépend du versement d'une caution, par un acte officiel ou officiellement certifié conforme attestant que ladite caution a été versée.

2. Si la partie contre laquelle la décision a été rendue n'a pas participé à la procédure, le créancier poursuivant le recouvrement de sa créance doit produire en outre le certificat exigé par les dispositions du paragraphe 2 de l'article 7.

*Article 10*

1. Dans la République d'Autriche, l'exécution à titre conservatoire n'est admissible que sur la base des décisions mentionnées au paragraphe 2 de l'article 5 de tribunaux de la République fédérale d'Allemagne. Il n'est toutefois pas nécessaire d'établir la crédibilité du risque, si le créancier poursuivant le recouvrement de sa

créance a déposé la caution exigée dans la décision (article 9, paragraphe 1, alinéa 3, *b*).

2. Dans la République fédérale d'Allemagne, ne sont admissibles en exécution de la déclaration relative au caractère exécutoire des décisions de tribunaux autrichiens mentionnées au paragraphe 2 de l'article 5, que les mesures servant à l'établissement de la garantie du créancier poursuivant le recouvrement de sa créance.

### TITRE III

#### TRANSACTIONS JUDICIAIRES, SENTENCES ARBITALES ET ACTES OFFICIELS

##### *Article 11*

1. Les transactions judiciaires sont assimilées aux décisions judiciaires ayant force de chose jugée.

2. Le créancier poursuivant le recouvrement de sa créance doit joindre à sa demande d'autorisation de l'exécution (déclaration du caractère exécutoire) une expédition de la transaction munie de la clause d'exécution (attestation du caractère exécutoire) et du sceau ou cachet officiel.

##### *Article 12*

1. La reconnaissance et l'exécution de sentences arbitrales sont déterminées selon l'entente en vigueur à l'époque entre les deux Etats.

2. Les transactions conclues devant un tribunal arbitral sont assimilées aux sentences arbitrales.

##### *Article 13*

1. Les actes officiels établis dans un Etat et exécutoires dans cet Etat, seront exécutés dans l'autre Etat comme des décisions judiciaires ayant force de chose jugée. Ces actes comprennent en particulier les actes judiciaires ou notariés et les déclarations d'obligation faites et transactions conclues dans des affaires de pension alimentaire par une autorité administrative — Office de la jeunesse.

2. Le créancier poursuivant le recouvrement de sa créance doit joindre à sa demande d'autorisation de l'exécution (déclaration du caractère exécutoire) une expédition de l'acte officiel du sceau ou cachet officiel.

### TITRE IV

#### DISPOSITIONS PARTICULIÈRES

##### *Article 14*

1. Les dispositions du présent Traité ne s'appliquent pas :

- 1) Aux décisions rendues dans des affaires matrimoniales et dans d'autres affaires concernant les relations de famille;
- 2) Aux décisions rendues dans une procédure de faillite et dans une procédure de concordat (procédure de transaction);
- 3) Aux dispositions provisoires ou ordonnances provisoires et aux saisies.

2. Les dispositions du présent Traité sont néanmoins applicables aux dispositions provisoires ou ordonnances provisoires concernant le versement d'une pension alimentaire ou un autre versement en numéraire. De telles dispositions seront exécutées comme les décisions judiciaires ayant force de chose jugée.

#### *Article 15*

Les tribunaux d'arbitrage autrichiens en matière de bourse sont des tribunaux au sens du présent Traité dans les litiges pour lesquels ils ont la compétence de rendre une décision sans considération de l'existence d'un contrat d'arbitrage. Dans la mesure où leur compétence repose sur l'existence d'un contrat d'arbitrage, ils doivent être considérés comme tribunaux arbitraux.

#### *Article 16*

Le créancier poursuivant le recouvrement de sa créance auquel l'assistance judiciaire a été accordée par le tribunal de l'Etat dans lequel la décision a été rendue, bénéficie également de l'assistance judiciaire aux fins de l'exécution dans l'autre Etat.

#### *Article 17*

Si une affaire est en litige (pendante) devant le tribunal d'un Etat et si la décision dans cette affaire doit être reconnue dans l'autre Etat, un tribunal de ce dernier Etat auprès duquel une procédure a été engagée à une date postérieure pour le même objet et entre les mêmes parties, doit s'abstenir de rendre une décision.

#### *Article 18*

Le présent Traité n'affecte pas les dispositions d'autres traités actuellement en vigueur ou devant entrer en vigueur entre les deux Etats et réglementant dans des domaines juridiques particuliers la reconnaissance et l'exécution de décisions judiciaires, sentences arbitrales ou actes officiels.

#### *Article 19*

1. Les dispositions du présent Traité ne sont applicables qu'aux titres d'exécution (titres de dette) constitués après le 31 décembre 1959.

2. En ce qui concerne les titres d'exécution (titres de dette) ayant pour objet une obligation de versement d'une pension alimentaire légale, les dispositions du présent traité sont également applicables aux versements arrivant à échéance après le 31 décembre 1959, si le titre d'exécution (titre de dette) a été constitué au cours de la période comprise entre le 1<sup>er</sup> mai 1945 et le 31 décembre 1959.

#### *Article 20*

Dans la mesure où d'autres traités renvoient, en ce qui concerne l'exécution de titres d'exécution (titres de dette) au Traité du 21 juin 1923 concernant les garanties légales et l'aide judiciaire<sup>1</sup>, les dispositions dudit Traité sont remplacées par celles du présent Traité.

<sup>1</sup> Société des Nations, *Recueil des Traités*, vol. XXVII, p. 57.

## TITRE V

## DISPOSITIONS FINALES

*Article 21*

Le présent Traité est également valable pour le *Land Berlin* sauf notification contraire adressée par le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne au Gouvernement fédéral de la République d'Autriche dans les trois mois qui suivront l'entrée en vigueur du présent Traité.

*Article 22*

1. Le présent Traité sera soumis à ratification. L'échange des instruments de ratification aura lieu à Bonn dans les plus brefs délais possibles.

2. Le Traité entrera en vigueur dans les trois mois qui suivront l'échange des instruments de ratification.

*Article 23*

Chacun des deux Etats contractants peut dénoncer le présent Traité. La dénonciation prendra effet un an après la date à laquelle cette dénonciation aura été notifiée à l'autre Etat.

EN FOI DE QUOI, les plénipotentiaires des deux Parties ont signé le présent Traité et y ont apposé leurs sceaux.

FAIT à Vienne, le six juin mil neuf cent cinquante-neuf, en deux exemplaires originaux.

Pour la République  
d'Autriche :

LEOPOLD FIGL

OTTO TSCHADEK

Pour la République  
fédérale d'Allemagne :

C. HERMANN MUELLER-GRAAF

FRITZ SCHÄFFER

---

